

Berlin, Sonnabend,

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis:

Bierteljährlich für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Postlohn, für ganz Deutschland 9 Mk. Osterreich 13 Kr. 82 Hfl., Rußland 4 Rub. 85 Kop., Holland 7 Fl. 50 Gts.

Für Frankreich, Belgien, England, Schwiz, Amerika usw. Kreuzbandsendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: für England in London bei Aug. Siegle 30 Abbe Street E.C. und Cowie & Co. 19 Great Street E.C.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen: Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Ziehungslisten der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungsstabellen mit Besanken-Listen und viele andere wichtige tabellarische Nebenschriften.

Insertions-Gebühr:

Die vierspaltige Zeile 50 Pf. Restamtzeit 1 Mk.

Rechnungsnummer: Amt I, Nr. 243.

Telegraphen-Adresse: Börsekrone.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Zentrale: In der Expedition.

Für die Monate November und Dezember eröffnen wir ein besonderes Abonnement. Auswärts und in Berlin werden die Bestellungen zum Preise von 6 Mark bei allen Post-Anstalten, in Berlin zum Preise von 5 Mark — inklusive Postlohn — bei sämtlichen Zeitungs-Spediteuren sowie in unserer Expedition, Kronenstraße 37, entgegengenommen.

Vom Tage.

Im Reichstage wurde gestern die erste Lesung des Privatbeamten-Vericherungsgesetzes erledigt und dasselbe an eine Kommission verwiesen.

Im gestrigen französischen Ministerrat erklärte der Minister des Auswärtigen, daß die französisch-deutschen Unterhandlungen einen befriedigenden Fortgang nehmen.

Wie in Konstantinopel verlautet, marschiert der Särzilng des Stammes Fezzan mit 100 000 Mann in der Richtung auf Tripolis, um sich den türkischen Truppen anzuschließen.

Nach einer Depesche des Botschafters von Rom sind die Anstaltsstrafen erheblich gesunken und die Regierungstruppen siegreich geblieben.

In dem Verleumdungsprozeß gegen den Mitteleuropabeisitzer Weder wurde der Angeklagte zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Autorität.

In dem Gründungsprogramm der nationalliberalen Partei von dem Jahre 1867 steht der inhaltreiche Satz:

„Die Endziele des Liberalismus sind befähigend; aber seine Forderungen und Wege sind nicht abschließend und erschöpfen sich nicht in festen Formeln. Sein innerstes Wesen besteht darin, die Zeichen der Zeit zu beachten und ihre Ansprüche zu befriedigen.“

Das ist wohl der beste Grundsat, den eine politische Partei aufstellen kann. Aber es ist auch derjenige, der am schwierigsten auszuführen ist. Es ist nämlich menschlich verständlich, daß jeder Abgeordnete und jeder Politiker sich einbildet, die Zeichen der Zeit zu verstehen. Und es ist ohne weiteres zuzugeden, daß er dann auch die beste Absicht hat, ihre Ansprüche zu befriedigen. Aber selten trifft das Nebenwort so zu, wie hier, daß eine ganze Reihe beufen, aber recht wenige antwortet sind, um die Zeichen der Zeit zu verstehen. Weiter wird die Entscheidung bei den einzelnen sehr verschieden ausfallen, wie man die endlich verstandenen Zeichen der Zeit und ihre Ansprüche befriedigen muß. Uns scheint in dem Grundsat nicht zu liegen, daß der jeweilige Wunschdruck der großen Volksmenge das Zeichen der Zeit sei, und noch viel weniger, daß eine richtige Befriedigung der Ansprüche in der Nachsichtigkeit gegenüber jedem spontan auftretenden Volkswillen zu finden sei. Im Gegenteil: Die Leute, die die Zeichen der Zeit am weitesten voraussehen und am sichersten erkannt haben, haben meistens zunächst sehr scharf gegen den Willen der Allgemeinheit arbeiten müssen. Siehe Bismarck! Der eine Name spricht Bände von Beweisen. Auch heute wird vieles als Zeichen der Zeit angesehen, was nur auf der Oberfläche schwimmt. Die augenblicklich oben auf sichtbaren Volkswünsche scheinen auch heute vielen die zwingenden Zeichen der Zeit. Wäre das der Fall, dann

wäre ihr Erkennen freilich leicht. Aber die Zeit ist nicht nur Gegenwart, sondern Gegenwart und Zukunft. Wer Tüchtiges schaffen will in der Politik, muß nicht nur von der Hand in den Mund leben; nicht nur Gegenwartsfragen oft mit recht zweifelhaften Mitteln lösen, ohne an die Zukunft zu denken. Uns scheint, als ob augenblicklich, um die Wünsche der Gegenwart zu befriedigen, Maßnahmen angewendet würden, die für die Zukunft verhängnisvoll sind. Was sich in unserem politischen Parteienleben augenblicklich vollzieht, sind Bündnisse, sind Uebereinkommen, sind Abmachungen zwischen Parteien, die einander innerlich so fremde und feindliche Anschauungen pflegen, daß für die Zukunft nur eine schwere Gefahr daraus entstehen kann. Wir handeln nicht viel anders wie die leichtsinnigen Lebemänner, die, um die Gegenwartschulden zu begleichen, Wuchern sich in die Hände geben, ohne zu bedenken, daß diese später die Wechsel präsentieren werden.

Das bedeutsamste Zeichen der Gegenwart scheint uns die zunehmende Rechtslosigkeit zu sein; das Aufheben jeglicher Autorität. Das müßten die bürgerlichen Parteien in ihrer ganzen Schärfe erkennen und unbefangener um Abwendung in den Vordergrund ihrer positiven Arbeit rufen. Freilich! Autorität klingt für manchen nach Zwang, nach Druck, nach Unterwürfigkeit; kurz und gut: hat für viele einen stark konservativen Beigeschmack. Aber selbst, wenn dem so wäre, würde das schaden? Wir sind doch auch wirtschaftlich nicht auf unserem Parteidogma stehen geblieben; sondern haben uns in wohlverständlicher Würdigung der Zeichen der Zeit anderen Anschauungen gewöhnt und gefügt. Sollte das auf dem politisch-ethischen Gebiet nicht auch möglich sein? Sagen wir statt des Fremdwortes Autorität die guten deutschen Worte Acht und Ehrfurcht, so wird die Forderung viel leichter werden.

Die Politik ist nicht etwas, das als ein in sich abgeschlossener Körper in dem großen Völkerverleben bestünde; sondern Politik soll der Brennpunkt aller staatlichen, gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, kurz und gut: aller Interessen des Volkslebens sein. In allen diesen Einzelgebieten unseres Volkslebens ist aber die notwendige Unterlage Acht und Ehrfurcht, Anerkennung vor größeren Verdiensten, Würdigung des Geleisteten — nicht aber blinde und körliche Gleichstellung aller Arbeit und jeder Persönlichkeit. Daß diese Autorität immer mehr aus unserem politischen Leben schwindet, ist die größte Gefahr, der wir entgegengehen. Herausgeschworen ist dieses Verhängnis durch die Wählerarbeit der Sozialdemokratie, die sehr wohl erkennt, daß, wenn erst diese Säulen gestürzt sind, das bürgerliche Gebäude überhaupt zusammenbrechen muß. Denn das ist sonnenklar: das wirtschaftliche Leben, das Geistesleben wird immer weiter vorwärts schreiten. Wer am lautesten ruft, wer sich da die weitesten Ziele setzt, wird stets auf Erfolg zu rechnen haben. Auf heißen Gebieten aber werden leicht Irrungen und Mißschläge eintreten. Dann sind die Grundlagen einer grenzenlosen Erregung des Volkes gegeben. In dieser Erregung führt man der ruhende Pol Acht und Ehrfurcht sein. Und für ihn müssen alle die kämpfen, die das Wohl des Vaterlandes nicht den Worten nach, sondern tatsächlich über alles und damit auch über jede Parteieinstellung stellen. Wir möchten glauben, daß es keine schlechte Parole wäre, wenn eine Schaar von hochgeborenen idealen Männern die Fahne vorantreiben mit der Aufschrift: „Für Autorität, für Acht und Ehrfurcht innerhalb des festen gemäßigten Fortschritts! Einkehr zum Aufbau und Vertrauen in den Segen der Ordnung nach der Entwicklung, wie sie die Zeit fordert!“

Der italienisch-türkische Krieg.

Es ist für die weitere Gestaltung der Lage in der Türkei von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß nunmehr auch das Komitee „Einheit und Fortschritt“ in Saloniki, das bisher auf die Erregung der nationalen Leidenschaften gegen Italien hingearbeitet hatte, eine gemäßigtere Haltung einzunehmen beginnt. Auf diese Wendung waren unzweifelhaft die Aufforderungen von Einfluß, welche die in Konstantinopel weilenden Mitglieder des Komitees vom Großwesir Said Pascha und vom Kriegsminister Mahmud Scherif Pascha erhalten haben. In den betreffenden Besprechungen wurde von den beiden Ministern betont, daß es keinen Zweck habe, die Volksmassen weiter aufzuheizen, wie dies bisher geschehen ist. Seit einigen Tagen gelangen aus Konstantinopel Besichtigungen an das Saloniker Komitee, durch die dasselbe aufgefordert wird, folmternd auf das Volk zu wirken. Es dürfte dem Komitee allerdings nach der bisherigen Agitation nicht leicht werden, diesen Auftrag auszuführen, insofern ist es immer noch Zeit, das Volk zu beruhigen und von Handlungen abzubringen, welche der Regierung Verlegenheiten verursachen müßten. Das Komitee muß dabei mit großer Klugheit vorgehen, um zu verhindern, daß durch diesen Nützig sein ohnehin geschwächtes Ansehen nicht weiter geschädigt werde. Die von Konstantinopel aus eingeleitete Wohlthätbewegung kommt ihm daher zu statten und es hat sich auch in Saloniki ein Komitee gebildet, welches die nötige Organisation für den wirtschaftlichen Kampf gegen Italien bezogen wird. In der jetzt dafür gewählten Form wird der Boykott eine rein patriotische Kundgebung der Massen bilden, da es jedemmann freigestellt sein soll, sich der Bewegung anzuschließen oder nicht. Man wird zunächst Listen der hier anwesigen italienischen Kaufleute aufstellen, damit bei denselben nichts mehr gekauft werde. Die Verbindungen, welche hiesige Kaufleute zu italienischen Firmen unterhalten, sollen gelöst und keine Waren italienischer Herkunft mehr bezogen werden. Man soll sich weder italienischer Schiffe noch der italienischen Postämter bedienen und kein ottomanischer Untertan soll seine Kinder in die italienischen Schulen schicken. Was die letzteren anbelangt, wurde kundgemacht, daß sie nun offiziell gemäß einer Verfügung der Regierung als geschlossen zu betrachten seien. Infolge der Cholera-Epidemie sind übrigens diese Schulen in Saloniki in diesem Schuljahr überhaupt noch nicht eröffnet worden. Es gilt als zweifellos, daß der Handel Italiens mit Saloniki, der sich in den letzten Jahren sehr ausgedehnt hatte, eine schwere Schädigung erfahren werde.

Wie man uns aus Konstantinopel schreibt, gilt die von der Regierung verhängte Ausweisung der italienischen Journalisten nicht bloß für die Hauptstadt, sondern für das ganze türkische Reich. Die italienischen Korrespondenten, die infolge dieser Maßregel gezwungen waren, Konstantinopel zu verlassen, sollen sich nach Triest oder Rom zu verlegen, sollen sich nach Triest oder Rom zu verlegen, um von dort ihren Dienst zu versehen. Ein Nicht-Italiener, der im Breshbureau erdicht, um als Vertreter der „Agenzia Stefani“ eine Eintrittskarte für die Eröffnungsfeier der Kammer zu erhalten, wurde mit seinem Verlangen abgewiesen. Es wurden überhaupt Vorkehrungen getroffen, um den Zutritt von Personen, welche an italienische Mäler Berichte erstatten, zu den Beratungen der Kammer zu verhindern.

Wie nachträglich verlautet, hat der Großwesir in der gestrigen geheimen Kammerverfammlung bei der Tripolisfrage handelte es sich eigentlich um die Aufzeichnung der Orientfrage. Die Worte hoffe, durch Gewährung gewisser politischer, geographischer und wirtschaftlicher Zugeständnisse Entzenden abzuschließen, darf denen auch die Tripolisfrage gemäß den Interessen und Rechten der Türkei gelöst werden über. Auf die Aufforderung, nähere Aufklärung hierüber zu geben, erklärte der Großwesir, dies nur tun zu können, wenn die Kammer die Verantwortung der Geheimhaltung übernehmen wollte. Schließlich erklärte er, der Minister des Auswärtigen